

Danziger Zeitung.

№ 12875.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethenbaggasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. Juli. Der „Nürnberger Correspondent“ veröffentlicht ein Schreiben des Fürsten Bismarck an den konservativen Verein, in welchem er für die anlässlich des Stiftungsfestes ausgesprochene freundliche Gefinnung dankt und die Hoffnung ausdrückt, bei den diesjährigen und anderen Wahlen auch in Nürnberg die nothwendige Unterstützung zu finden, um seiner Wirtschaftspolitik Festigkeit und Dauer zu verleihen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 6. Juli. Der Kronprinz und die Kronprinzessin des deutschen Reiches und von Preußen sind heute Vormittag mit ihren Kindern in Queenborough eingetroffen und mittelst Extrazuges nach Windsor weitergereist.

Unterhaus. Staveley Hill meldet für die morgende Sitzung die Anfrage an, ob der englische Botschafter in Konstantinopel angewiesen worden sei, die Aufmerksamkeit des Sultans auf die bei den Verhandlungen im letzten Staatsprozeß vorgekommenen Unregelmäßigkeiten zu lenken und denselben vorzustellen, daß die Ausführung des Urtheils einem Justizmorde gleichkommen würde, welcher die Freunde der Türkei verleiten könnte. Unterstaatssekretär Dilke erklärte, die bezüglichen Unterhandlungen dauerten noch fort und wäre daher eine Beantwortung der Interpellation morgen noch nicht möglich.

Paris, 6. Juli. Die Deputirtenkammer nahm den Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der Handelsverträge an. Im Laufe der Debatte hatten Delafosse und Dauterme gegen den Entwurf gesprochen; der Handelsminister Tirard war für denselben eingetreten und hatte ein gutes Resultat der schwebenden Verhandlungen in Aussicht gestellt. — Graf Boris-Melkoff und General Stobeleff sind heute früh hier eingetroffen. — Gerüchweise verlautet, es seien im Süden von Konstantinopel Negerunruhen ausgebrochen.

Washington, 6. Juli. Nach dem Bulletin von heute früh 8 Uhr 30 Min. hat der Präsident eine gute Nacht gehabt und ruhig geschlafen. Der Zustand ist im Allgemeinen ein andauernd befriedigender.

Politische Uebersicht.

Danzig, 7. Juli.

Die „Provinzial-Correspondenz“ erklärt heute, sie werde sich durch den Widerspruch, den ihr neuerlicher denunciatorischer Artikel gegen die Haltung der Fortschrittspartei in der Zeit des Verfassungskonfliktes, d. h. gegen die gesamte liberale Partei, hervorgerufen habe, nicht irre machen lassen in der Erfüllung der Pflicht, die Bevölkerung über die Stellung der Parteien zur Regierung des Kaisers aufzuklären. „So lange die liberalen Parteien sich nicht von der Gemeinschaft mit der Fortschrittspartei lossagen, ihr vielmehr den Vortritt und die Führung in der öffentlichen Bewegung überlassen, wird aller Kampf vorzugsweise gegen diese thätigsten Wortführer der „großen liberalen Partei“ zu richten sein.“ Diese Wendung bestätigt lediglich die Vermuthung, daß der Zweck der „Prov.-Corr.“ der ist, im liberalen Lager Unfrieden zu stiften, um die Uneinigkeiten desto leichter überwinden zu können. Die „Prov.-Corr.“ hat die Maske des wohlmeinenden Mahners zu früh fallen lassen. Die Liberalen werden sich müssen darüber klar werden, ob die Vertreter der Puttkamer-Göpler'schen Kirchenpolitik, welche sogar Herrn v. Bennigsen als Vorkämpfer der Irreligiosität verurtheilt, annehmbarere und zuverlässigere Bundesgenossen sind als diejenigen, von denen die „Prov.-Corr.“ behauptet, sie hätten keinen „Respect vor dem kirchlichen Glauben.“

Die Secession in der ultramontanen Partei Berlins ist eine vollendete Thatfache. In der vorgestrigen Versammlung des Berliner Vereins der Centrumpartei hat die Weigerung der großen Majorität der Anwesenden, über einen Antrag, der die conservative Agitation des Abg. Cremer billigen sollte, sofort abzustimmen, das bisherige Präsidium zum Rücktritt veranlaßt. Die „Germania“ hat ihr Pulver umsonst verschossen, als sie versuchte, durch Hervorhebung des gouvernementalen Charakters der Berliner conservativen Wahlagitation Herrn Cremer zu discreditiren. Die begeisterte Aufnahme, welche

eine Rede Cremer's in der vorgestrigen Versammlung gefunden hat, reicht gerade hin, die Niederlage der Freunde der „Germania“ klar zu stellen, obgleich eine Abstimmung über die Resolutionen für oder gegen Cremer nicht stattgefunden hat. Die Stärkung, welche den Berliner Conservativen aus dem Vorgehen Cremer's erwächst, ist ja an sich sehr unerheblich, aber wie die Dinge im Schoße der Centrumpartei liegen, ist zu erwarten, daß die Herren Windthorst und Gen. in Zukunft nicht mehr im Stande sein werden, die vielgerühmte Disciplin in der Partei aufrecht zu erhalten. Der Anfang zu einer Spaltung ist gemacht. Man darf darauf gespannt sein, welche Aufnahme die Berliner Vorgänge in den Centrumskreisen der Provinzen finden werden.

Die Centrumpartei hat auch in dem evangelischen Mecklenburg ihre Vorposten, und die „Germania“ erhält von dort Berichte. Da die Centrumpartei natürlich nicht daran denken kann, in Mecklenburg eigene Candidaten durchzubringen, so wünscht der Correspondent des ultramontanen Blattes den Conservativen den Sieg. Aber es geht aus seinem Bericht hervor, daß auch diesmal die Liberalen dort die Aussicht auf den Sieg haben; denselben wird Mühseligkeit, der einflussreichen liberalen Presse Geschick in der Benutzung der Umstände nachgerühmt. Der ultramontane Berichterstatter schreibt u. A.:

„Leider kostet die ganze Wahlbewegung unser Volk jedesmal nicht wenig sittliche Kraft. Wir können aber von diesem Fieber die Conservativen auch nicht ganz freisprechen. Es ist dies ein schwerer Schade, an dem das Parteileben selber krankt. So lange unsere Conservativen es nicht fertig bringen, ihrer politischen Thätigkeit diejenige Stetigkeit und Ruhe zu geben, welche allein dem conservativen Princip entspricht, werden sie nie den Gegnern so gewachsen sein, wie es sonst nach der ganzen Charaktereigenthümlichkeit unseres mecklenburgischen Volkes selbstverständlich wäre. Bleiben die Conservativen auf der bisher eingeschlagenen Bahn, fangen sie immer erst in letzter Stunde an, sich um die Wähler zu kümmern und die nöthigen Belehrungen über das, um was es sich handelt, in aller Hast, mehr überredend als überzeugend, ihnen zu geben, so sind sie in 10 Jahren eben so weit, wie ihre Gegner schon seit 10 Jahren gewesen sind.“

Nachdem Deutschland durch die neuen, hauptsächlich gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten Zollhöchungen den Zollkrieg gegen den „befreundeten“ Nachbarstaat auf's Neue eröffnet hat, bereitet sich auch dieser vor, mit weiteren Zollhöchungen vorzugehen. Der eisbahnische Handelsminister hat eine schriftliche Zoll-Enquete eingeleitet, welche zwar nur auf die Textil- und Eisen-Industrie beschränkt wird, dafür aber um so minutiöser angelegt erscheint. Mittels lithographirter Rundschreiben wurden an sämtliche Handels- und Gewerbekammern gleichlautende Fragebogen versendet, die innerhalb eines Monats beantwortet sein sollen. Die Regierung wünscht „möglichst genaue Auskünfte“ über die gegenwärtige Situation der Textil- und der Eisen-Industrie, über deren Productions- und Absatzverhältnisse, sowie über die Wirkungen des seit Beginn des Jahres 1879 in Kraft bestehenden Zolltarifes und fragt, welche Bedürfnisse in Bezug auf zollpolitische Maßregeln obwalten. Die Tendenz, in welcher die Beantwortung ausfallen soll, wird den Handelskammern schon in der Formulirung der Fragen zurechtgelegt. Die letzte Frage auf jedem Fragebogen lautet: „Welche Bedürfnisse herrschen in Beziehung auf die zollpolitischen Maßregeln der Regierung?“ Aus der Fassung der vorhergehenden Fragen schon geht hervor, daß die Regierung wünscht, daß die Interessenten nicht bloße Meinungen bei der Forberung weiterer Zollhöchungen, und da die meisten der österreichischen Handelskammern eine aus schütz-zöllnerischen Industriellen bestehende Majorität haben, so ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß der Wunsch des Handelsministers vollumfänglich in Erfüllung gehen wird. Wie es bei uns im Jahre 1879 war, so ist auch in Oesterreich die Veranstaltung von Enqueten das Vorpiel der schütz-zöllnerischen Revision des Zolltarifes. Die Enquete

wird nicht veranstaltet, um sich aus deren Ergebnis über die zu befolgenden zollpolitischen Maßregeln zu informieren, sondern sie ist lediglich dazu bestimmt, der beabsichtigten Zollhöhung eine anscheinend objective, sachliche Drapirung zu verleihen. Aus dem Jahre 1879 wissen wir, daß dann, wenn das Resultat der Enquete nicht den gehegten Erwartungen entspricht, wenn dieselbe vielmehr zu einem entgegengegesetzten Ergebnis führt, die ganze Enquete einfach ignoriert wird, und daß man trotz derselben das Gegentheil von dem befürwortet, was sich aus der Untersuchung ergeben hat. Um sich solche Vorwürfe, daß man das Resultat der Enqueten nicht beachtet habe, zu erparren, ist die Einrichtung eines „Volks-wirtschaftsraths“, bei welchem die Regierung die Mehrheit nach eigenem Ermessen zusammenstellt und welche Körperschaft dann doch nur ein begutachtendes Votum erhält, eine ganz vorzügliche und bequeme Einrichtung.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt offiziös: Die bedauerlichen Vorfälle der jüngsten Tage in Prag, sowie der Umstand, daß der jetzige Statthalter, Frhr. Weber v. Ebenhof, wegen seines geschwächten Gesundheitszustandes noch eine Zeit lang dem Dienst nicht zu versehen vermag, insbesondere aber der lebhafteste Wunsch, die zeitweilig hervorgerufene Erregung der Bevölkerung schnell zu belegen, rief in den maßgebenden Regierungskreisen die Ueberzeugung hervor, daß die politische Landesstelle in Prag gegenwärtig nicht einer leitenden Hand anvertraut werden könne. Hierbei wurde in Erwägung gezogen, daß bei redlichem und ernstem Willen der einflussreichen Organe und Persönlichkeiten beider Nationalitäten die Erreichung des angestrebten Zieles wesentlich gefördert und gesichert werden würde, wenn zur zeitweiligen Leitung der Statthalterei Prag ein Mann berufen würde, der vermöge seiner bisherigen Stellung die Gewähr vollster Unbefangenheit und Unparteilichkeit biete und vermöge seiner Charaktereigenschaften und seiner Befähigung die Erwartung rechtfertige, daß er sich der schwierigen Aufgabe mit allseitig richtigem Verständnis widmen werde. Diese Anschauung war die bestimmende Ursache, daß beschlossen wurde, den Präsidenten des Militärobergerichts, Feldmarschall Dr. v. Sals, mit der Leitung der Statthalterei zu betrauen. Aus dem Jahre seines hervorragenden Wirkens in der Militärfunktion des Kaisers des allerhöchsten Vertrauens zu erfreuen und darf mit gutem Grunde angenommen werden, daß er selbst ein Landeskind und jedem Parteigetriebe fernstehend, Alles ausbieten werde, um sich durch erprießliche Thätigkeit um das Wohl des Landes verdient zu machen und dem in ihn gesetzten und hoffentlich von allen Seiten ihm entgegengebrachten Vertrauen nach jeder Richtung zu entsprechen.

Die der Wiener „Pr.“ von liberaler wie von conservativer Seite aus Bulgarien zugehenden Nachrichten sprechen sich in ihrer Gesamtheit dahin aus, daß die Situation noch immer nicht ganz geklärt ist und daß Fürst Alexander trotz seiner drakonischen Wahlagitation auf eine ziemlich entschiedene Opposition in der großen National-Versammlung zu Eistow rechnen kann.

Die internationale Commission für die Ausfuhrung der türkisch-griechischen Grenz-Convention ist in Anzino eingetroffen. Der türkische Commissar Famili Pascha ist Dienstag Abend in Arta eingetroffen. Weitere griechische Truppen sollten in Gemäßheit der von der internationalen Commission getroffenen Bestimmungen gestern Nachmittag 2½ Uhr Arta und Punt a besetzen.

Deutschland.

△ Berlin, 6. Juli. Der Graf Hatzfeldt tritt demnächst als Staatssekretär des Auswärtigen in sein Amt und damit in die Stellung, wie sie der verstorbenen Bülow innegehabt hat. Graf Limburg-Sturum hat die Vertretung endgültig abgegeben und Unterstaatssekretär Busch führt die Stellvertretung bis zum Eintritt Hatzfeldt's, dem, wie es heißt, die Ernennung als preussischer Staatsminister mit Sitz und Stimme im Staatsministerium zu Theil werden soll. Als Nachfolger für den Botschafterposten in Konstantinopel gilt noch immer der zeitliche Befandte in

Athen v. Radomiz, der hier bereits erwartet wird. — Trotz der über die Einführung des Tabakmonopols verbreiteten Bestimmung auftretenden Nachrichten weiß man doch, daß dieses Monopol in anderweit einflussreichen Kreisen großem Widerstande begegnet. Die Vorarbeiten sind auch noch nicht weit gediehen, ihre Beendigung wird vom Ausgange der Reichstagswahlen abhängen. Borerst aber wird eine fernere Erhöhung der Tabaksteuer geplant, da bekanntlich der Tabak doch nun einmal „bluten“ soll. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens erwähnt, daß in Preußen, wie es heißt, eine Entscheidung darüber zu treffen ist, ob Tabakpflanzen, welche in Gärten lediglich zur Zier gepflanzt werden, mit welchen also gar kein Handel getrieben werden soll, eine Nutzbaumart auch nicht beabsichtigt wird, der Tabaksteuer auf Grund des neuen Gesetzes unterliegen, nachdem eine Steuerbehörde sie für steuerpflichtig erklärt.

△ Berlin, 6. Juli. Die „N. A. Z.“ theilt heute Abend die Erklärung mit, welche der eine der deutschen Delegirten zu der Pariser Münzconferenz in der Sitzung vom 2. Juli über die Ursachen der Silberentwertung abgegeben hat. Die Ansicht des Regierungsraths Schrant, welche derselbe zunächst nur als seine persönliche Bezeichnung, deckt sich in der Hauptsache mit der in England herrschenden. Auch England ist nicht gemittelt, die Goldwährung wieder aufzugeben, aber mit Rücksicht auf die inbisherige Münzpolitik und auf den Handelsverkehr mit Ostasien würde es der Münzpolitik anderer Staaten, welche dem Silber eine bessere Stellung zu sichern geeignet wäre, nach Möglichkeit entgegenkommen. Wenn man von praktischen Ergebnissen der Pariser Münzconferenz spricht, so können diese nur darin liegen, daß Frankreich und Amerika den Gedanken einer nationalen Doppelwährung als eine absolute Unmöglichkeit erkennen. Ob sie es in ihrem Interesse erachten, für sich an der Doppelwährung unter Connivenz Englands und Deutschlands festzuhalten, das ist die Frage, welche die Pariser Konferenz zur Entscheidung gestellt hat. Die Entscheidung derselben kann natürlich nicht Sache der Konferenz sein. Die Goldwährungsstaaten haben keine Veranlassung zu bebauern, daß die Zahl derjenigen, welche sich um die Debe, d. h. um das Gold streiten, kleiner wird. Der „Krug“, gegenüber ist aber doch zu constatiren, daß die deutschen Vorschläge, nicht wie sie gestern druckte, auf die Umprägung der Reichsilbermünzen zu 5 Mk. nach dem Verhältnisse von 1 : 15½ hinauslaufen, sondern darauf, daß Deutschland eventuell, d. h. wenn Frankreich und Amerika die Doppelwährung unter Freigabe der Silberprägung stabilisieren, seine silbernen 5- und 2-Markstücke in einem dem Verhältnisse von 1 : 15½ möglichst nahekommenen Maße, also nicht vollwertig umprägen würde. Frankreich und Amerika würden in dem vorausgesetzten Falle eine vollwertige Ausprägung der deutschen Silbermünzen deshalb herbeiführen, weil in diesem Falle die deutschen Silbermünzen bei ungünstigen Wechselkursen reproficirbar würden. Die deutschen Vorschläge sind also keineswegs dazu bestimmt, die Rückkehr Deutschlands zur Doppelwährung vorzubereiten. — In den Motiven zu dem dem Bundesrath vorliegenden Gesetzentwurf wird der Reichsbeitrag zu den Kosten für den Zollanschluss Hamburgs in derselben Weise begründet, wie das schon in der Denkschrift geschehen ist, mit welcher der Reichskanzler dem Bundesrath den Hamburger Vertrag vorgelegt hat. Für den Bundesrath hat die Beschlußfassung über dieses Gesetz nur eine formale Bedeutung. Es ist aber die Frage, ob der Reichstag diese Motivirung als ausreichend anerkennen wird. Das „deutsche Tageblatt“ hat die Bedeutung des Hamburger Zollanschlusses für das Reich in zwei langen Zeitartikeln erörtert, in denen wir freilich nichts anderes gefunden haben, als die Phrase von der moralischen Eroberung Hamburgs.

Es ist heller Zwist im „conservativen“ Lager in Berlin ausgebrochen. Das „deutsche Tageblatt“, der „Reichsbote“, die „Post“ und die „Germania“ liegen sich gegenständig in den Haaren. Der „conservative“ Herr Bredner, der Gründer des Wortes von dem durch den Sohn zum Volke herabsteigenden Kanzler, bezieht auf die Autorität des „conservativen“ Herrn Slagau hin den Vorliegenden eines „conservativen“ Vereins, Herrn Reimann, in der Grünberzeit 85 000 Thlr. bei Gründung des Lindenbauvereins bekommen zu haben. Einige wünschten nun, Herr Reimann solle den Vorfall dieses „conservativen“ Vereins niederlegen. Dieser aber und seine Freunde behaupten, daß das nicht nöthig sei; er habe das Geld allerdings bekommen, aber das sei schon lange her und sei allgemein üblich gewesen. Nach dieser Erklärung gehen die Herren Bredner und Herzog böse ab, und man erkennt sich gegen-

Das Attentat auf den Präsidenten Garfield.

Die Newyorker Blätter neigen sich zum Theil der Auffassung zu, daß der Morbanschlag bis zu einem gewissen Grade eine Frucht der erbitterten Angriffe Conlins' auf den Präsidenten ist. So sagt die „Tribüne“: „Präsident Lincoln wurde nicht von der Rebellion ermordet, aber von dem Geiste, welcher der Rebellion Leben und Kraft gab. Präsident Garfield ist nicht durch eine politische Partei, aber durch den Geist, den eine politische Partei erzeugt und groß gezogen hat, gemordet worden. Ohne diesen Parteigeist wäre kaum ein Mensch im ganzen Lande fähiger gewesen, die Parteiführer jemals als das Unglück, welches aus dem wilden, rücksichtslosen Geiste hervorgeht, den sie schaffen, nähren und Wache für Wache aufzulegen. Ist es nicht ihr beständiges Vergehen gewesen, die Selbstregierung, daß sie sich einen Geist entzünden und dadurch schwache oder rücksichtslose Menschen über die Grenze von Recht und Vernunft hinaustreiben? Dieser Wörber war sich wohl bewußt, daß er einen Präsidenten tödten und einen neuen machen wollte. Seine Sprache und seine Briefe beweisen nur zu sehr, daß er recht gut wußte, was er that.“ In ähnlichem Sinne äußert sich die Newyorker „Times“: „Präsident Garfield brachte zu dem höchsten Posten Gaben des Geistes und des Charakters, welche das Amt ehrten, und fast im Anfange seiner Lauf-

bahn wird sein Leben von einem Glenden angetastet, der genau so das Böse in unserm System repräsentirt wie Garfield das Gute. Denn wenn auch der Wörber in seinem Geiste gekört war, so lassen sich doch unmöglich die Ursachen verkennen, welche unmittelbar zu dieser That Veranlassung gegeben haben und welche seinen schlecht gezielten Willen auf dieses letzte Ziel hinflehten. Er war ein enttäuschter Aemterjäger und er verband die Verbitterung persönlicher Enttäuschung mit der leidenschaftlichen Gehässigkeit des Parteiewesens. Sein Geist war durch die Angriffe auf den Präsidenten, die in vielen Kreisen nur zu gemein waren, aufgereizt. Gewiß, wir wollen keine Partei für die Mordthat verantwortlich machen, aber wir halten es für unsere Pflicht, anzudeuten, daß die That ein übertriebener Ausdruck eines Gefühls von engbrüstem und bitterem Haß war.“ Auch die „World“ glaubt nicht, daß der Wörber geisteskrank und daher unverantwortlich für seine That ist. Der „Gerald“ dagegen hält es für klar, daß sie nur der Ausdruck des wahnhaften Impulses eines Einzelnen ist, daß Politik nichts damit zu thun habe. Im Auslande werde man freilich die That anders deuten.

Die im Damenzimmer des Bahnhofs aufwartende Frau erzählt den Morbanschlag folgendermaßen: „Ein Mensch trat in das Damenzimmer aus dem Hauptwarteaal, gerade als der Präsident von B-Street her in den Damensaal eintrat. Als er dem

Präsidenten auf fünf Fuß nahe gekommen war, schoß er, auf das Herz des Präsidenten zielen, vorbei. Der Präsident schien gar keine Notiz von ihm zu nehmen und ging weiter. Da fiel ein zweiter Schuß und der Präsident sank nieder. Ich war zuerst bei dem Präsidenten, hob seinen Kopf in die Höhe und hielt ihn, bis andere herantamen und ihn in die Höhe hoben. Der Präsident sprach erst, als ein junger Mensch, ich glaube sein Sohn, zu ihm trat. Der Mann, der auf ihn geschossen hatte, sagte auch nichts. Er ging ganz ruhig zur Mittelthüre, wo ihn aber jemand abwehrte, dann ging er den Weg zurück, den er gekommen war und wurde von der Polizei gefaßt. Ich habe ihn schon mehrere Male hier gesehen; vor einigen Tagen namentlich ist er mir aufgefallen. Er ging auf und ab, und wuschte sich anheimelnd in großer Erregung das Gesicht. Ich dachte, er wartete hier auf Bekannte. Heute Morgen hat er auch wieder eine halbe Stunde hier gemartet. Als er schoß, waren wenig Leute hier, alle Passagiere waren schon hinausgegangen.“

Die Frage, ob der Wörber Mithschuldige hat, beschäftigt sofort die Polizei. Er soll durch einen Wirtswirth von der Ankunft des Präsidenten in Kenntniß gesetzt sein. Obwohl nachweislich ganz mittellos, hat er sich den Revolver für 11 Doll. kaufen können; das sind in den Augen der Polizei gefährliche Indicien. General Grant, als dessen Parteigänger sich der Wörber ausgiebt, erklärt, er habe ihn am Schlusse der

letzten Wahlcampagne im 5. Avenue-Hotel gesehen. Er wollte von ihm eine Bescheinigung, daß er die geeignete Persönlichkeit für den Gesandtschaftsposten in Oesterreich sei. Grant wußte nichts von ihm und erfuhr durch seinen Sohn, daß er Guitauau heiße, Advocat in Chicago sei und für nicht ganz bei Sinnen gelte. Er hatte Grant auch erzählt, er sei mit einem Mädchen verlobt, welches eine Million habe; er wünte gewiß die Stelle erhalten, wenn sich Grant nur Henry Ward Beecher und anderen anschließen wollte, die sich für ihn bemühten. Grant glaubt, die That sei unpolitisch der Natur und der Mensch scheine eine an Verdrücktheit grenzende Ueberschätzung seiner persönlichen Wichtigkeit für die republikanische Partei zu hegen.

In Newyork trat bei Empfang der Nachricht große Bestürzung ein. Das Geschäft stockte, die Zeitungsredaktionen wurden belagert. Man konnte nicht begreifen, was in dieser Zeit tiefsten Friedens, des größten Wohlergehens ein Präsident von so lieblicher, würdevoller Natur und der Mensch scheine eine an Verdrücktheit grenzende Ueberschätzung seiner persönlichen Wichtigkeit für die republikanische Partei zu hegen. In Newyork trat bei Empfang der Nachricht große Bestürzung ein. Das Geschäft stockte, die Zeitungsredaktionen wurden belagert. Man konnte nicht begreifen, was in dieser Zeit tiefsten Friedens, des größten Wohlergehens ein Präsident von so lieblicher, würdevoller Natur und der Mensch scheine eine an Verdrücktheit grenzende Ueberschätzung seiner persönlichen Wichtigkeit für die republikanische Partei zu hegen. In Newyork trat bei Empfang der Nachricht große Bestürzung ein. Das Geschäft stockte, die Zeitungsredaktionen wurden belagert. Man konnte nicht begreifen, was in dieser Zeit tiefsten Friedens, des größten Wohlergehens ein Präsident von so lieblicher, würdevoller Natur und der Mensch scheine eine an Verdrücktheit grenzende Ueberschätzung seiner persönlichen Wichtigkeit für die republikanische Partei zu hegen.

seitig nicht mehr als „conservativ“ an. Die „Germania“ hatte gegen das governementale Auftreten des Hrn. Gremer in Berlin Front gemacht und wird dafür vom „Reichsboten“ abgemahnt. Darauf erwidert das Centrumsblatt: „Hand aufs Herz, verehrtester Colleague! Können Sie ohne Bedingung behaupten, daß die Bewegung eine „conservative“ sei? Wir sind so rücksichtsvoll, keine Antwort zu erwarten.“ Also die Herren befreiten sich selbst die „conservative“ Gefinnung. Die „Post“ ist auf die beiden kirchlichen Organe wüthend. Sie sagt, daß die „Germania“ überhaupt nur als — Fachblatt noch gelesen wird (als Fachblatt?) und charakterisirt den „Reichsboten“ als das „treffliche conservative Blatt, welches das Gemüth des Mephistopheles mit den Manieren eines Rüstlers in so unüberbretter Weise vereinigt.“ Und das Organ des Hrn. v. Minnigerode endlich trauert über die „conservative“ Coalition. Wir haben jedenfalls die Herren nie so arg behandelt, wie sie das untereinander thun. Das Goethe'sche Wort will uns nicht aus dem Sinn: „Neben von den Ehrenmännern wird vom Andern abgethan!“ (Bl. Tagbl.)

* Ueber das von dem Abg. Stöcker dem Centrum angetragene, von dem letzteren aber ignorirt gelassene Wahlbündniß giebt eine von Herrn Majunkle an eine Anzahl auswärtiger katholischer Blätter gerichtete Correspondenz weiteren Aufschluß. Es heißt darin: „Kurz vor Schluß der Landtagsession trat Stöcker an Ihren Correspondenten heran und ersuchte denselben, auf die Berliner Katholiken dahin zu wirken, daß dieselben bei den Reichstagswahlen mit den Conservativen, die ihrerseits einen Centrumschancen in einem beliebigen Stadtbezirk wählen würden, gemeinschaftliche Sache machten. Ich erklärte, daß ich mich über eine Frage von solcher Tragweite nicht sofort entscheiden könne und erst mit einigen Freunden darüber sprechen wolle, daß ich aber schon sogleich mit aller Bestimmtheit ein Bündniß mit den Conservativen, selbst zu einem rein lokalen Zwecke, ablehnen müßte, wenn die conservative Fraction nach wie vor der Regierung discretionäre Gewalt in katholischen Kirchen-Angelegenheiten zuerkennen wollte. Hr. Stöcker war so ehrlich, mir darauf zu erwidern, daß er allerdings nicht der katholischen Kirche zu noch größerer Machtentfaltung, als sie ohnedies schon besitzt, verhelfen wolle, daß man ja wohl aber diese allgemeine Prinzipienfrage von den lokalen Interessen, um die es sich hier ausschließlich handle, fernhalten könne. Bald darauf wurde indeß der Landtag geschlossen und es kam zu keiner definitiven Abmachung. Inzwischen waren uns abermals von conservativer Seite (und zwar nicht von Herrn Stöcker) Offerten zu vertraulichen Besprechungen und zu öffentlichen Versammlungen zugegangen, denen Gremer nunmehr „Folge leistete“. Er gerieth dadurch langsam in die conservative Atmosphäre hinein, in der er denn gegenwärtig — durch seine oratorischen Erfolge verleitet — vollständig aufgegangen ist.“

* Der Vorstand eines Berliner Bezirksvereins, in welchem Reichsanwalt Mundel am 18. März einen Vortrag gehalten hatte, wurde, obgleich die rechtzeitige Anmeldung dieser Versammlung polizeilich bescheinigt war, dennoch in Gemeinschaft mit Hrn. Mundel und der Wirthin des Lokals wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt, weil nur eine Verammlung des Vereins angezeigt sei, der betreffenden Versammlung aber auch Nichtmitglieder des Vereins, u. A. der Vortragende selbst, beigewohnt haben. Die Verteidigung führte nun in dem gestrigen Termin aus, daß das Vereinsgesetz nirgend eine solche Beschränkung des Versammlungsrechts enthalte, wie sie die Anklage enthalte, und das erkennende Amtsgericht sprach aus demselben Grunde die Angeklagten frei. (Es ist bereits darauf aufmerksam gemacht, daß ganz derselbe Fall in der Bezirksversammlung vorliegt, in welcher neulich Graf Bismarck seine vielbesprochene Rede gehalten hat.)

* Daß man in landwirthschaftlichen Kreisen Süddeutschlands nicht durchweg von dem Wirthschaftsprogramm des Fürsten Bismarck erbaute ist, beweist ein Schreiben, welches wir in der clericalen und hochschulmännlichen „Augsburger Postzeitung“ finden und welches als ein interessantes Pendant betrachtet werden kann zu dem in demselben Blatte zuerst veröffentlichten Schreiben des Bauern Peter Odenwald. Das jetzige Schreiben hat einen durch seine Mißverständlichkeit bekannten Defonomen des württembergischen Altkönigs zum Verfasser. Dasselbe handelt hauptsächlich von der Viehsperre gegen Oesterreich, welche dieses im Laufe der Handelsvertrags-Verhandlungen vergebens zu beseitigen versucht. Bekanntlich wurde seitens des deutschen Reiches nur die ganz unbedeutende Concession gemacht, daß Landwirthschaft für eigenen Bedarf zwölf Stück Vieh bis her sechs Stück Vieh einführen dürfen. Der württembergische Defonom schreibt:

„Die Grenzsperre verurtheilt unseren Landwirth, welche ihren Viehbedarf durch auswärtige Ankaufe decken müssen, schon jetzt so viel Unbilligkeiten, Placereien und Nachtheile, daß wir manchmal die neue Wirthschafts-Politik, so gut sie sonst ist, in Grund und Boden verfluchen.“ Der Einsender führt aus, daß die Grenzsperre nur den norddeutschen Grundbesitzern zugute komme, da die süddeutschen und norddeutschen Verhältnisse auch in der Viehsperre verschieden seien. Das norddeutsche Vieh entspricht uns nicht, wir sind also gezwungen auf die Schweiz angewiesen, weil uns die bisherige Bezugsquelle in Oesterreich verarmt wurde. Und wenn uns Württemberg die Einfuhr österreichischen Viehes an bestimmten Tagen gestattet wird, so dürfen wir dieselbe nicht etwa aus Tirol auf dem kürzesten Wege über Linzau durch bairisches Gebiet befördern, sondern wir müssen den Umweg über die Schweiz und zu Schiff über den Bodensee und die württembergischen Häfen machen. Als wir uns deshalb an die bairische Regierung um Abhilfe wendeten, erhielten wir die Antwort: „Württemberg, welche in Tirol und Vorarlberg Vieh besitzen, dürfen auf dem Landwege nach ihrem Heimatlande bairisches Gebiet nicht betreten.“ Also geschah im Jahre des Heils 1880, im zehnten Jahre des neuen deutschen Reiches! Und da lagen wir über die alte deutsche Einigkeit! ... Der Reichstagsler scheint von den Vertretern unserer Volksinteressen, die ihn aufrufen sollten, nicht die Wahrheit zu vernennen. Das beweist schon seine Ansicht über den Beruf des Bieres und Schnapfes.“

Nach einigen Complimenten für den Reichskanzler schließt der Verfasser mit der Erwartung, daß derselbe den gerechtfertigten Wünschen der süddeutschen Bauern ein williges Ohr gewähren werde. Zu diesen Wünschen gehört auch die Aufhebung der Grenzsperre und der Abschluß eines Vinerinär-Vertrages mit Oesterreich, da Deutschland die Concurrenz der österreichischen Landwirthschaft sehr gut zu ertragen vermöge. Der gute Altkönig Bauer, so bemerkt zu diesem Briefe die „N. Fr. Pr.“, scheint ein guter Landwirth, aber ein schlechter Diplomat zu sein. Schwerlich würde er, wenn er diesen Brief, welcher eine schwere Verurtheilung der neuen Politik ist, an den Kanzler direct gerichtet hätte, eine ebenso herzliche Antwort erhalten haben, wie Herr Odenwald.

* Im Bureau des Reichstages werden gegenwärtig die Bescheide auf die nahezu 4000 Petitionen ausgefertigt, von denen der größere Theil, etwa 2700 unerledigt geblieben ist, in welchem Fall der betreffende Bescheid lautet: Wegen des Schlußes der Session unerledigt geblieben. In recht erfreulichen zahlreichen Fällen lautet die Antwort: Der Reichstag hat in der Plenarsitzung vom . . den Beschluß gefaßt: die von

Lehn. Wohlgebornen d. d. eingereichte Petition, um Ab- lehnung des Ges. Entw., betreffend . . . durch die Ablehnung des Ges. Entwurfs für erledigt zu erklären. Dies wird Ew. Wohlgebornen zur Kenntnissnahme unter Rücksendung der bezeichneten Petition ergeben mitgetheilt.

* Ueber die Exequirbarkeit deutscher Urtheile in Oesterreich finden wir in Wiener Blättern folgende Mittheilungen: Das Landesgericht in Troppau hatte mit Erkenntniß vom 15. Februar d. J. ein von dem preussischen Amtsgerichte zu Rastatt gefälltes Urtheil in Oesterreich für vollstreckbar erklärt. Das maßrichtig-schlesische Ober-Landesgericht in Brünn jedoch gab dem gegen diese Entscheidung des Troppauer Landesgerichtes ergriffenen Recurse statt und hob das erstinstanzliche Erkenntniß auf. Dagegen nun wurde der Revisionstheorie ergriffen, und der Oberste Gerichtshof bestätigte die erstinstanzliche Entscheidung mit folgender Begründung: In Gemäßheit der §§ 660 und 661 der deutschen Civilprozeßordnung vom Jahre 1879 sollen in Deutschland, also auch im Königreiche Preußen Urtheile ausländischer Gerichte nur unter den in diesen Paragraphen aufgestellten Bedingungen zur Zwangsvollstreckung gelangen. Wenn nun auch nach Inhalt des Justizministerialerlasses vom 28. März 1880 mit der deutschen Regierung kein Abkommen in Betreff der Execution der Urtheile getroffen wurde, so seien doch nach den dormalen in Oesterreich noch geltenden Hofdecreten vom 18. Mai 1792, 18. Januar 1799 und 15. Februar 1805 J. G. S. die Erkenntnisse ausländischer Gerichte unter Beobachtung der Reciprocity in Vollzug zu setzen. Da nun im vorliegenden Falle die in den §§ 660 und 661 der deutschen Civilprozeßordnung aufgestellten Bedingungen einträfen, so trete thatsächlich die Reciprocity in Anwendung, und müsse das von dem preussischen Amtsgerichte zu Rastatt gefällte Urtheil vollstreckt werden.

* Der Aviso „Möwe“ (5 Geschütze, Commandant Corvettencapitän v. Ryckbusch) ist am 29. April cr. in Apia eingetroffen.

Kiel, 6. Juli. Die dänische Dampf-Yacht „Dannebrog“, das Luftschild des Königs von Dänemark, lief von Kopenhagen kommend, heute Nachmittag hier ein, um morgen den hier durchreisenden König sowie die Königin von Schweden nach Rorsör zu bringen. Der Empfang des hohen Gastes scheint ein offizieller werden zu sollen, da man bereits heute auf dem Wadischiff „Arcona“ und der Corvette „Louise“ beschäftigt ist, alles zur Parade und zum Salut klar zu machen.

Leipzig, 3. Juli. Die „Chemn. Btg.“ schreibt: Die auf Grund des „Kleinen Belagerungszustandes“ aus Leipzig und der Umgebung ausgewiesenen 33 Socialdemokraten haben heute die Stadt und den Bezirk der Amtshauptmannschaft verlassen. Unter den 14 aus dem Landkreis Ausgewiesenen sind die Hälfte — nämlich 7 — Gemeinderathsmitglieder, davon 3 aus Volkmarisdorf — die sämtlichen Vertreter der Unangehörigen dieses Ortes! — Gestern sollen hier, wie auch auf den benachbarten Dörfern, Verhaftungen von Socialdemokraten und mehrfache Haus-suchungen nach den zum Verlassen der Familien der Ausgewiesenen ausgegebenen Sammelbüchern stattgefunden haben. Letztere Maßregel erscheint uns insofern befremdend, als doch bekanntlich der Reichstag zu wiederholten Malen ausdrücklich erklärt hat, daß Sammlungen für diejenigen Personen, welche durch den kleinen Belagerungszustand ihres Ernährers beraubt worden, nicht unter das Socialistengesetz fallen. In den Kreisen der Bürgerchaft hat die Kunde von dem Belagerungszustand mehr Aufregung hervorgerufen, als unser hiesiges Socialblatt seinen Lesern glauben „wollt“. Man fragt sich fast allgemein, durch je Momenten denn die allgemeine Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Folge getreten sei, da hier wirklich nicht das Geringste von einer derartigen Gefahr bekannt geworden ist. Mit Ausnahme eines Falles hat wenigstens, soviel wie bekannt, noch keine Uebertretung des Ausnahmegesetzes hier stattgefunden.

Bern, 3. Juli. Der König von Baiern hat letzten Donnerstag Nachmittag das Hotel „Athenien“ am Vierwaldstätter See verlassen und die in der Nähe gelegene Villa „Gutenberg“ bezogen, welche Eigenthum eines Commandanten Ad. Benziger ist. Dem König wurde in jenem Gasthause der Zubruch der vielen Fremden lästig, während diese Villa für einen Bewunderer der Natur, der für sich sein will, ganz wie geschaffen ist.

London, 5. Juli. Oberhaus. Der Staats-Secretär des Auswärtigen, Lord Granville, erklärte, es sei ihm nichts von einem zwischen Frankreich und Spanien beabsichtigten Marocco abgeschlossen Verträge bekannt, auch glaube er nicht an die Existenz eines solchen Vertrages. Ebenso wenig wisse er etwas von der Erklärung des französischen Vizekonsuls in Konstantinopel, Dittot, daß die französischen Truppen im Nothfalle die Grenze von Tripolis überschreiten würden. Was die Organisation der Truppen in Tripolis angehe, so sei ihm nur bekannt, daß ein türkisches Kriegsschiff mit einem Divisionsgeneral und zwei Bataillonen Infanterie am 28. Juni in Tripolis eingetroffen seien. Selbstverständlich seien die Tripolis und Tunis betreffenden Fälle von einander total verschieden. Die hinsichtlich Tunis getroffenen Arrangements seien auch nicht im Geringsten auf Tripolis anwendbar.

Das Unterhaus nahm im Fortgange der Sitzung den Art. 7 der irischen Landbill mit 289 gegen 157 Stimmen, ferner die Artikel 8, 9, 10 und 11 an.

Frankreich. Paris, 4. Juli. Man kennt jetzt das Programm für das Fest am 14. Juli. Die Hauptpunkte desselben sind: Am 13. Abends und am 14. Morgens zur Einleitung Kanonendonner. Vertheilung von Armenunterstützungen. Um 2 Uhr große Parade im Boulogner Wäldchen. Freivorstellungen in den Theatern. Um 8 Uhr Concert in den Champs Elysees. Die öffentlichen Gebäude, der Bastilleplatz, der Tuileriengarten, der Concordeplatz, die Champs Elysees, die Avenue du Bois de Boulogne und die Seen im Boulogner Wäldchen werden festlich geschmückt sein. Des Abends Illumination aller dieser genannten Theile von Paris. Feuerwerk auf den Seen des Boulogner Wäldchens, auf dem Platz Robert Denfert, auf der Place de la Nation, auf dem Montmartre, auf den Buttes Chaumont, auf dem Biaduct des Pont du jour. Venetianisches Fest mit 200 Gondeln auf den Seen des Boulogner Wäldchens mit Concerten. Besondere Feste in jedem Stadtviertel.

Italien. Rom, 5. Juli. Heute fand von Mittags bis Nachmittags 4 Uhr im oberen Atrium der Basilika der Empfang der slavischen Pilger statt. Es waren im Ganzen ca. 1400 Personen, den vornehmsten Familien slavischer Race angehörig. Zahlreiche Cardinäle, 37 Bischöfe und Prälaten waren anwesend. Bischof Strohmayer verlas eine in lateinischer Sprache abgefaßte Adresse, in welcher er sich glücklich pries, sich in Rom an der Spitze einer großen Schaar von Slaven zu befinden, woraus er die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr der Schismatiker folgere. Der Papst erwiderte mit einer Rede ausschließlich religiösen In-

halts in lateinischer Sprache. Dieselbe wurde mit einem dreifachen Jimio beantwortet. (W. T.)

Rußland. Petersburg, 3. Juli. Laut dem „Moskowski Telegraph“ beabsichtigt die russische Regierung, die Correspondenten ausländischer Blätter fernher unter genaue Controle zu stellen, um die Verbreitung falscher Nachrichten zu verhindern. Sie will dabei, wie die betreffende Stelle lautet, dem angeblich vom Fürsten Bismarck gemachten Anfang folgen, der in Rußland bereits vorbereiteten Boden findet. Was für ein „vom Fürsten Bismarck gemachter Anfang“ gemeint ist, wird nicht gesagt. In Deutschland bleibt jeder auswärtige Correspondent ungeschoren, wenn er sich nicht gegen die Landesgesetze vergeht. Speziellen Anlaß zu der Absicht der Regierung gaben die falschen Nachrichten Londoner und Wiener Blätter, welche einen wahren Sturm von Anfragen an das auswärtige Ministerium hervorriefen in Folge der Nachricht von der angeblichen Concentration der turkestanischen Armee an den Grenzen Kaschgars.

Petersburg, 6. Juli. Ein Mitarbeiter des „Golos“, der die Gefangene Jette Helfmann in Begleitung ihres ehemaligen Verteidigers Gerde in der Peter-Pauls-Festung besucht hat, berichtet darüber im „Golos“. Die Jette Helfmann steht ihrer Verbindung unter möglichst günstigen Bedingungen entgegen. Sie bewohnt eine etwa 14 Wirthin lange, 7 Wirthin breite, luftreiche, gut beleuchtete Zelle, welche mit allem Nothwendigen versehen ist. Eine Unterhaltung mit der Helfmann ergab, daß sie sich wohl befinde. Sie drückte nur ihre Unzufriedenheit mit ihrer Ueberführung aus dem Untersuchungs-gesängnisse in die Festung aus, da hier keine weibliche Bedienung und keine Geburtsheiferin vorhanden seien, sondern ein Accoucheur. Gefragt, ob sie nach bedingtem Prozesse ein neues Verhör bestanden habe, antwortete die Helfmann verneinend; sie sei nur höflich eingeladen worden, einen Verhafteten zu identificiren, was sie aber abgelehnt, obwohl sie denselben gekannt habe. Es sei dabei kein Zwang geübt, wie überhaupt keine Gewalt angewendet worden. Die Helfmann zeigte sich über das Schicksal ihres künftigen Kindes sehr besorgt und äußerte den Wunsch, dasselbe Verwandten seines Vaters anzuvertrauen. Die Verurtheilte besprach sodann mit dem Verteidiger die Frage wegen Einreichung eines Gnabengesuchs an den Kaiser. (W. T.)

Moskau, 27. Juni. Die Zeichnung der procentigen Obligationen der Staatsbank, schreibt man der „R. B.“, hat kein günstiges Ergebnis gehabt. Kaum die Hälfte ist gezeichnet, und dabei ist fast die ganze gezeichnete Summe von der laufenden Rechnung der Bank entnommen. Ein solches Ergebnis läßt sich zum Theil auch dadurch erklären, daß unter früheren Verhältnissen, wo die Staatsbank das unbeschränkte Recht hatte, neue Creditmittel auszugeben, die Zeichnung weniger Hindernisse fand. Wie groß auch unsere gegenwärtige finanzielle Verlegenheit sein möge, durch das Gesetz vom 1. Januar, welches die fernere Ausgabe der Papier-rubel untersagt, ist dem Reiche ein großer Dienst geleistet worden. Der russische Credit im Auslande ist ohnehin tief genug gesunken; welches Vertrauen würde das Ausland zu unserer Finanzkraft, ja, selbst zu unserem Worte haben, wenn sechs Monate nach dem gegebenen Ulaß zur Ausgabe neuen Papiergeldes geschritten würde? — Gestern sind 236 Auswanderer aus den Gouvernements Wolgata und Tschernigow von Moskau auf der Eisenbahn nach Wladiwostok-Nowgorod befördert worden. Sie werden von der Regierung am Amur angesiedelt. Diese armen Bauern, welchen ihr Land nach dem 19. Februar in einer Entfernung von zehn Werst von ihrer Behausung zugetheilt worden war, hatten sich in Folge dessen gezwungen gesehen, die Bearbeitung ihrer Felder aufzugeben und ihren Unterhalt auf andere Art zu suchen. Es sind dieselben Auswanderer, welche bereits in Charkow einen Monat lang in bitterer Noth im Freien campirt hatten. Das Moslawer Publikum hat an der traurigen Lage der armen Auswanderer lebhaften Antheil genommen, und es ist von Menschenfreunden eine Summe von mehr als 1000 Rubeln für sie gesammelt worden. Durch Vermittelung des Generalgouverneurs haben sie freie Fahrt bis Wladiwostok-Nowgorod erhalten; von hier werden sie zu Schiff nach Perm befördert werden. Möglicherweise gehen die Unglücklichen neuem Elend entgegen. Und das sind Auswanderer, welche auf Veranlassung der Regierung ihre Heimath aufgegeben und einen Weg von 7500 Werst vor sich haben!

Danzig, den 7. Juli. * [Telegraphisches Wetter- Prognostikon der deutschen Seewarte für Freitag, den 8. Juli.] Windiges, ziemlich kühles Wetter mit veränderlicher Bewölkung. Etwas Regen.

* In Folge des abgeänderten Uebungsprogramms wird das Panzer- Uebungs- Geschwader bereits morgen (am 8. Juli) Vormittags die Danziger Bucht verlassen, um nach Kiel zurückzukehren.

H. E. Die am 5. d. M. in Bromberg abgehaltene XII. ordentliche Eisenbahn-Conferenz mit Delegirten der wirtschaftlichen Corporationen war von den letzteren verhältnismäßig schwach besucht, was sich hauptsächlich daraus erklären mag, daß über die wichtige Frage der Getreide- und Holz-Tarife bereits in der außerordentlichen Conferenz am 26. April d. J. verhandelt worden ist. Anwesend waren Delegirte der Kaufmannschaften von Berlin, Danzig, Königsberg und Stolp, der Handelskammern zu Braunsberg, Bromberg, Jüterbog, Posen und Thorn, der landwirthschaftlichen Centralvereine zu Königsberg, Bromberg, Frankfurt a. O., Potsdam und Regenwalde (Pommern). Von den Privatbahnverwaltungen war allein die Direction der Marienburg-Mlawker Eisenbahn vertreten. — Aus den Verhandlungen ist u. A. bemerkenswerth die Erklärung der kgl. Eisenbahn-Direction auf eine betreffende Anfrage der Danziger Kaufmannschaft, daß eine generelle Ordnung der Bes- und Entladefrist für die Staatsbahnen beabsichtigt ist unter Beibehaltung der 12stündigen Entladefrist, über deren Ausdehnung für Empfänger, welche von den Eisenbahnstationen entfernt wohnen, sowie andererseits Einschränkung für die Wintermonate noch Ermittlungen angestellt würden. Die Conferenz wiederholte einstimmig ihren Antrag, es bei einer Frist von 12 Stunden, resp. von 24 Stunden für die von der Eisenbahnstation 15 Kilometer entfernt wohnenden Empfänger zu belassen und von einer Einschränkung für die Wintermonate abzusehen. — Die bisher von dem Herrn Minister für die Staatsbahnen vorläufig zugelassenen Frachtbefreiungen werden voraussichtlich auch weiterhin auf sämtlichen deutschen Bahnen gestattet bleiben. Ebenso versprechen die Verhandlungen über die Verwendung der von einer Eisenbahnverwaltung gestellten Frachtbefreiungen auch auf anderen deutschen Eisenbahnen ein günstiges Ergebnis. — Hinsichtlich weiterer Erleichterungen bei der Ausgabe von Retourbiletts sind ebenfalls Zusagen erteilt. — Der entworfene Winterfahrplan enthält wesentliche Abänderungen nicht. Auf den Winterfahrplan, speziell für die hinterpommersche sowie die Neufahrwasser-Danzig-Dirschauer Route, werden wir in einer

besonderen Notiz noch zurückkommen; ebenso auf zwei wichtige Erklärungen der Eisenbahnverwaltung, betr. die Bestellung beider Wagen für bedungsbedürftige Güter der Specialtarife (Wehl, Getreide, Salz, Eisen etc.), sowie Frachttarif für amerikanisches Harz (Colofonium).

* Mit Ablauf des Jahres 1881 erlischt das Mandat der in den sog. Kreisordnungsprovinzen gewählten Abgeordneten zu den Provinzial-Landtagen und es sind somit noch im Laufe dieses Jahres Neuwahlen auf 6 Jahre vorzunehmen. Auch Ost- und Westpreußen, welche bekanntlich erst seit dem 1. April 1878 zwei gesonderte Provinzen bilden, machen davon keine Ausnahme, da die im Jahre 1875 für den vereinigten Provinzial-Landtag gewählten Abgeordneten bis zum Ablauf ihrer Mandate für jeden der beiden Sonder-Landtage in Function blieben. Westpreußen hatte bisher 57 Abgeordnete zu wählen (für jeden Kreis von über 60 000 Einwohnern bis 110 000 Einwohnern 3, für jeden Kreis unter 60 000 Einwohnern 2 Abgeordnete. Bestimmend dafür ist das Ergebnis der letzten Volkszählung, für die nächste Wahl also das Resultat der Volkszählung von 1880. Die Bestimmung der Zahl der Abgeordneten erfolgt durch den Provinzial-Ausschuß. Die Wahl der Abgeordneten erfolgt (speziell für Westpreußen) in den Stadtkreisen Danzig und Elbing durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in gemeinsamer Sitzung unter Vorsitz des ersten Bürgermeisters, in sämtlichen anderen Kreisen durch die Kreistage.

* Wie uns der Director der hiesigen Schiffswerft- und Kesselschmiede-Actiengesellschaft, Herr Devrient, mittheilt, ist eine definitive Entscheidung über den für die untere Weichsel zu erbauenden zweiten Eisbahndampfer seitens der beiden Ressortminister noch nicht ergangen. Allerdings ist an maßgebender Stelle der Bau eines solchen Dampfers in Aussicht genommen, aber das von den Vertretern der Reichsverbände angenommene Project in Bezug auf die in Aussicht genommenen Größenverhältnisse des Dampfers beanstandet und Auftrag zur Anfertigung des Projectes für einen Eisbahndampfer von geringeren, immerhin erheblich größeren Dimensionen als diejenigen des Dampfers „Weichsel“ erteilt. Dieses Project nebst Kostenanschlägen muß nun gefertigt und zu der Abweichung vom früheren Project die Zustimmung der Reichsverbände eingeholt werden, ehe die definitive Entscheidung der Minister, welche sonach noch vorbehalten ist, erfolgen kann. Hr. Devrient ersucht uns zur Vermeidung von Mißverständnissen, zu welchen unsere Notiz in der gestrigen Morgen-Ausgabe Veranlassung geben könnte, dies ergänzend zu bemerken.

* Nach den Ausführungs-Bestimmungen zu dem am 1. Oktober in Kraft tretenden Reichs-Stempelabgabengesetz werden die Steuerstellen von den Landesregierungen bestellt. Die Landesregierungen werden an jedem Bürgerplatze und wo sonst das Bedürfnis dazu besteht, dafür Sorge treffen, daß die Formulare zu Schlussnoten, Rechnungen und zu anderen stempel-pflichtigen Schriftstücken mit dem Reichsstempel bedruckt werden können. Wer dergleichen Formulare stampeln lassen will, hat dieselben in Mengen, die sich auf volle Hundert abrunden, unter Vorweisung von je fünf überschüssigen Exemplaren für jedes Hundert und unter Einsahlung des Steuerbetrages der zuständigen Steuerstelle mit einer doppelt aufzufüllenden Anmeldung vorzulegen.

* Als Verladedate für Windisch lief für Station Montano der Donnerstag und für Bischofs- werder der Freitag jeder Woche bestimmt. Mit der Ausübung der überärztlichen Obliegenheiten auf beiden Bahnhöfen ist der Grenzthierarzt Kampmann aus Lautenburg betraut.

* Der Finanzminister Bitter wird bis zum 11. Juli in Danzig sein und am 12. von Oesterode aus das Gebiet des oberländischen Canals bereisen. Von Gildenheden aus lebt der Minister dann nach Berlin zurück.

* Der Cultusminister hat neuerdings angeordnet, daß noch in diesem Jahre auch in den Lehrer-Seminaren zu Graudenz, Marienburg und Berent amtliche Lehrer-Conferenzen abgehalten werden sollen. In Berent soll diese Conferenz am 11. Oktober stattfinden.

* Am 18. und 19. Juli hält bekanntlich in Danzig der Verband deutscher Barbiers, Friseur und Fellgehilfen seine Jahres-Versammlung, und zwar im Lokale des „Freundschaftlichen Gartens“, ab. Ein Theil der auswärtigen Mitglieder will sich demnach nach Königsberg begeben, um auch dort eine Versammlung mit den Königsberger Berufsgenossen abzuhalten.

* Mitte August wird in der Nähe von Carthaus das zu den Wandern in die hiesige Gegend kommende Jägerbataillon aus Braunsberg eine mehrtägige Schießübung abhalten.

* Der hiesigen Firma J. S. Keller Nachf. ist für ihre ausgestellten Waare auf der Welt-Ausstellung in Melbourne ebenfalls der erste Preis erteilt worden.

* Aus Anlaß der durch Herrn Musikdirector Marxull zu bewerkstellenden Abnahme der neuen Orgel in der kürzlich eingeweihten evangelischen Kirche zu Schöned wird daselbst nächsten Sonntag, d. 10. Juli, Nachmittags 3 Uhr ein Orgel- und Vocalconcert stattfinden. Die Orgel, 27 klingende Stimmen enthaltend, vom Dem Orgelbauer Herrn Grüneberg aus Ettlin aufgestellt, zeichnet sich durch Kraft und Wohl-laut aus und fand bereits beim Kirchweihfest, durch Herrn Marxull vorgeführt, ungetheilten Beifall.

* Der frühere Armeeobst. Ramzanowski, welcher bekanntlich im Laufe des ges. Culturkampfes seines Amtes entsetzt wurde und seitdem in Wladiwostok lebt, hat sich, wie die „Erl. B.“ berichtet, als Begleiter des Bischofs von Ermland nach der Diöcese Elbląg begeben, um an der Fete des 1100. Todestages des hl. Willibald Theil zu nehmen.

* Heute Mittag 1 Uhr versuchte ein junger Mann, Grämann der hiesigen lgl. Gewehr-Fabrik, in dem an seiner Wohnung, Sühnenberg 1, grenzenden Garten seinem Leben durch einen Schuß ein Ende zu machen. Die Kugel hatte ihn nicht gleich getödtet und wurde er noch lebend per Tragelord nach dem St. Marienkrankenhaus geschafft.

[Polizeibericht vom 7. Juli.] Verhaftet wurden im Laufe des gestrigen Tages und in der vergangenen Nacht: 10 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Betrunkener, 2 fliederliche Dirnen, 4 Excedenten, 1 haussünder Drabbiner, 2 Dieben wegen Diebstahls. — Gefunden wurde: ein goldener Ring, abgehoben beim Kaufmann Rüdelt, Langebrücke Nr. 8. — Auf dem Holzmärkte ist gestern Vormittags eine frische Schweinslange conficirt und in der Gasanstalt verbrannt worden.

Wegen baulicher Reparaturen ist von heute ab das Criminal-Bureau von Unterfiedelstraße Nr. 19 nach Hundegasse Nr. 114, parterre, verlegt worden.

Schöned, 6. Juli. Laut Beschluß der Provinzial-synode des Jahres 1878 ist im laufenden Jahre, wie bereits bekannt, die nach der Disposition der am 15. October zusammen tretenden Provinzialsynode unter die darsittigen Gemeinden der Provinzen Ost- und Westpreußen zu vertheilende Kirchen- und Haus-Collecte wieder einzusammeln. Mit der Einsammlung soll nach vorher begonnen werden, damit die Erträge bereits in diesem Jahre zur Vertheilung kommen können. Bei dieser Vertheilung soll auch, nach Uaage des Consistorialraths Kretschmer, die hiesige evangelische Gemeinde zur Dedung der Paulsen'sche Feste für die neue Kirche beachtet werden. — Dem Amts-Anwalt Partikel hierseits ist durch Rescript des Herrn Justizministers vom 1. d. Mts. ab die volle Zuständigkeit in schöffengerichtlichen Vergehenssachen übertragen worden.

□ Aus dem kleinen Berder, 6. Juli. Gestern wurde der Umbau des Eisenbahn-Geläses auf der höhernen Querstraße auf eiserne Langschwellen auf der Dirschauer zwischen Altschleide und Marienburg fertig gestellt. Derselbe harrt nur noch der landespolizeilichen Abnahme, um dem Verkehr übergeben zu werden. Der mit grünen Zweigen schön decorirte Arbeitszug fuhr nach Beendigung dieser Arbeit auf dem neu gelegten Geleise in den Bahnhof ein. — Die Brunnen und Bassins an der alten Nozart

maare 170—187 *M.*, *Rothwaeze* 188—215 *M.*, *Weizen-*
mehl 700 *Kilo* *No.* 0 29 bis 28 *M.*, *No.* 0 u 1
28—27 *M.* — Roggenmehl *No.* 0 28,00 bis 27,00 *M.*,
No. 0 und 1 27,00—26,00 *M.*, *See* Juli 25,90—26 *M.* bez.,
See Juli-August 25,24—85 *M.* bez., *See* Sept.-October
23,45—40 *M.* bez., *See* Oct.-Novbr. 22,90 *M.* bez.,
See Nov.-Dezbr. 22,50 *M.* bez. — Vorrathmühle *No.* 0
und 1 29 *M.* bez. — Rübbel loco *See* 100 *Kilo* ohne
Faß 53,2 *M.*, *See* Juli 53,6 *M.*, *See* Juli-August
53,6 *M.*, *See* September-October 53,6—54 *M.* bez., *See*
October-November 54,3—2 *M.* bez., *See* Novbr.-Dezbr.
54,4—7 *M.* bez. Gefündigt 100 Centner. Kündigung-
spreis 53,6 *M.* — Leinöl loco *See* 100 *Kilo* ohne Faß
59 *M.* — Petroleum 100 *Kilo*, *See* Juli 24,2 *M.*,
See Septbr.-October 24,5 *M.* bez., *See* October-Nov.
24,7 *M.*, *See* Nov.-Dez. 25 *M.* bez. — Spiritus loco
ohne Faß 57,8 *M.* bez., *See* Juli 57,2—5—3 *M.* bez.,
See Juli-August 57,2—5—3 *M.* bez., *See* August-Septbr.
57,5—6—4 *M.* bez., *See* September — *M.* bez., *See*
Sept.-October 56,1—56 *M.* bez., *See* Octbr.-November
56 *M.* bez., *See* November-December 55,15—3 *M.* bez.,
See April-Mai 54,2—1 *M.* bez. Gefündigt 80 000 Liter.
Kündigungspreis 57,3 *M.*

Fremde.

Korb's Hotel. Willner a. Berlin, Buchhalter.
Haute a. Leipzig, Stud. jur. Reumart a. Braunsberg,
Geschäftsführer. Wohlfahrt a. Coblenz, Rentier. Breus
a. Königsberg, Gräbber a. Stettin, Alberti a. Flensburg,
Kaufleute.

Hotel drei Mohren. Pieper a. Vandsburg,
Bürgermeister. Heinemann a. Vnd., Gymnasiallehrer.
Schulz a. Tauenzin, Lieutenant und Rittergutsbesitzer.
Dr. Krause a. Braunsberg, Professor Ulrich nebst
Gemahlin a. Bromberg, Partikulier. Bollmann a.
Sebnitz, Fräule a. Graubenz, Matthäus a. Vorkum, Kaufl.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden
besonders bezeichneten Theile: G. Höddner; für den lokalen und provin-
ziellen Theil, die Handels- und Schiffsfahrtsnachrichten: A. Klein; für die

Die Bestände sind nur in neuen Formen assortirt, jede nicht vorrätigige Form wird angefertigt. — Gleichzeitig kommen fehlerhafte und umgearbeitete Hüte zum Ausverkauf.

für

Damen-Mäntel und Kinder-Garderobe.

Ich beehre mich auf meine **Kinder-Kleidchen** in Wasch-Stoffen, in **Weiss und Bunt**, hiermit aufmerksam zu machen. Dieselben sind in aparten, niedlichen Facons und in geschmackvoll reizender Ausföhrung, reich sortirt vorrätbig und liegen solche zur geneigten Ansicht bei mir aus.

(9880)

Meinen werthen Kundinnen in Poppo zur Nachricht, daß mein

Die Saal-Stage im Hause Langgasse No. 17 ist zum ersten October 1881 zu vermieten. Näheres im Laden. Zu besichtigen von 10-12 Uhr. (1915)

Ein im besten Theile der Langgasse eine Treppe nach vorn belegener großer hoher Salon nebst Entrée, auch zum Geschäftsfotal geeignet, ist sogleich oder später zu ver-

mitheben. Hfr. unter Angabe d. Zwefches
sub 9724 in der Exp. d. 3tg. erbeten.

Brodbäukengasse 42
ist die 3. Etage, bestehend aus zwei
Zimmern, Kabinett, Küche und sonstigem
Zubehör zu October zu vermietten.

Übergasse No. 7 ist ein **Ladenlokal**
nebst **Wohnung**, auch zum
Comtoir sich eignend, zu vermietten.

3oppot, Dans. Str. 1 B., ist die im
Garten gelegene Parterre-Wohnung,
bestehend aus 5 heizbaren Zimmern nebst
Veranda und allem Zubehör zum
1. October d. J. anderweitig zu ver-
mieten. Näheres dajelbst bei Frau
Kutische. (3891)

Unterfiedmiedegasse No. 17 ist das
seit 8 Jahren von Herrn C. Neumann
benutzte Comtoir, 2 gr. Zimmer, zum
1. Dft. anderw. z. verm. Näb. d. f.

Gewerbe-Verein.
Die beabsichtigte Dampferfahrt findet
bei günstigem Wetter **morgen Freitag,**
2½ Uhr **Mittags** statt. Bei etwaigen
Zweifeln wolle man bei d. im Vereins-
Defonomen im Gewerbehaufe Rücksrag
halten. (9920)

Armen-Unterstütz.-Verein.
Freitag, 8. Juli cr., **Nachmittags**
6 Uhr, findet die **Comitee-Sitzung** im
Bureau, Verbolshelgasse No. 3, statt.

Der Vorstand.

Sängerkreis.
Freitag, den 8. Juli, **Abends**
8½ Uhr, **General-Verammlung** in
Vereinslocale. **Der Vorstand.**

Restaurant de Berlin
Hundegasse 124.
Frühe Kartoffeln mit Matjes
30 Pf., ff. Bairisch - Lagerbier
10 Pfennige. (98)

Otto Kolberg.

J. Selb. Ort u. St. erst u. g. U.
Herzensfreund! Trage innigst Verlang
Jb. eigen zu fr. Bald L. u. St. - W.

Regenschirme
in bekannter bester Qualität,
Schirmbezüge,
sowie jede Reparatur billigt
Adalbert Karau,
Schirmfabrik, Danzig,
en-gros, Langgasse 35. en-detail.

Druck u. Verlag von A. W. Kafemann
in Danzig.